

men, zu integrieren und zu Bürgern unseres Landes zu machen, gut annehmen und bewältigen können, dass wir es hinkriegen. Ich bin stolz, dass es über alle Partei- und gesellschaftlichen Grenzen hinweg eine große, breite Unterstützung für dieses Ansinnen gibt, dass Menschen gemeinsam anpacken und dieses Land Brandenburg voranbringen wollen. Wir werden die Nörgler und Angstmacher am Rande stehen lassen und dieses Land weiter voranbringen. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, DIE LINKE, CDU, B90/GRÜNE und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Präsidentin Stark:

Wir danken Ihnen. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Abgeordneten Richstein für die CDU-Fraktion fort.

Frau Richstein (CDU):*

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 10. November 2015 stellte die CDU-Fraktion ihre Eckpunkte zur Integration vor. Am 24. November wurde das Bündnis für Brandenburg gegründet. Am 14. Dezember fand die Auftaktveranstaltung des Bündnisses statt. Das ist eine gute Chronologie, weil wir uns derzeit mit der Frage beschäftigen, wie wir das schaffen, und uns nicht mehr fragen, ob wir es schaffen.

(Beifall CDU, SPD, DIE LINKE, B90/GRÜNE und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Im Entschließungsantrag der AfD-Fraktion sehe ich, dass die AfD es nicht schafft. Ich zitiere Frau Dr. Merkel als Bundeskanzlerin, die auf dem Bundesparteitag wiederholte, was sie damals bei der Pressekonferenz gesagt hat:

„Deutschland ist ein starkes Land. Das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft - wir schaffen das! Wir schaffen das, und dort, wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden, muss daran gearbeitet werden.“

(Beifall CDU, SPD, DIE LINKE, B90/GRÜNE und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Sie sagte das auch, weil es zur Identität unseres Landes gehört, dass wir Größtes geleistet und viel Größeres bereits geschafft haben. Wenn die AfD-Fraktion es nicht schafft, spricht das für sich.

(Königer [AfD]: Denken Sie an die Umfragen!)

Meine Damen und Herren! Das Wie - wie das zu schaffen ist - ist auf jeden Fall eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Daher darf ich allen Akteuren danken, die beim Bündnis für Brandenburg mitarbeiten. Ich danke auch dafür, dass es parteiübergreifend initiiert wurde und es keine Aufspaltung in ein Regierungs- und ein Oppositionslager gab. Ich möchte vor allen Dingen den unzähligen Ehrenamtlichen Dank sagen; denn ohne sie wären die Unterbringung, die Versorgung und die Aufnahme der Menschen, die unserer Hilfe bedürfen, nicht möglich.

(Beifall CDU, SPD, DIE LINKE, B90/GRÜNE und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Was bleibt zu tun? Zum einen muss das Asylpaket umgesetzt werden. Das heißt: Wir brauchen schnellere Asylverfahren und weniger Fehlanreize. Ich würde mich freuen, wenn wir auch in den Erstaufnahmelagern in Brandenburg wieder zu Sachleistungen zurückkehrten.

(Vereinzelt Beifall CDU)

Wir brauchen mehr Unterstützung der Kommunen. Das bedeutet, dass die Gelder, die von der Bundesregierung an die Länder ausgeschüttet werden, an die Kommunen weitergereicht werden. Natürlich wäre es noch besser, wenn ihnen ihre Ausgaben gänzlich erstattet würden.

Wir brauchen rasche Integration. Integration kann aber nur gelingen, wenn wir uns auf diejenigen konzentrieren können, die die Perspektive eines dauerhaften Bleiberechts haben. Das bedeutet: Wir brauchen eine rasche Rückführung derer, die kein Bleiberecht haben. Und es reicht nicht, dabei nur auf Freiwilligkeit zu setzen: Wir brauchen - das fordert die CDU-Fraktion schon lange - ein Rückführungszentrum, von wo aus konsequent zurückgeführt wird.

(Beifall CDU und AfD)

Meine Damen und Herren! Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ich möchte noch einmal die Ehrenamtler ansprechen: In dem offenen Brief der Willkommensinitiativen wird ganz klar gefordert - diese Forderung unterstützen wir -, dass die freiwilligen Helfer nicht ausgenutzt werden, indem staatliche Aufgaben auf sie abgewälzt werden. Wir als Staat haben die Verantwortung, die Integration erfolgreich zu verwirklichen. Das ist das Gebot der Stunde.

Ich möchte ausdrücklich unterstreichen, was Herr Ness gesagt hat: dass es durch die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge keine Benachteiligung anderer Bedürftiger geben kann. Wir dürfen keiner - ich glaube, dieses technische Wort umschreibt es - Inländerdiskriminierung Raum geben, sondern müssen uns um diese Menschen genauso kümmern. Wenn ich höre, dass Willkommensinitiativen sich freuen, dass Flüchtlinge kostenlos durchs Museum geführt werden, sage ich: Ja, das ist in Ordnung, wenn aber bitte schön auch andere Bedürftige kostenlos durchs Museum geführt werden dürfen. Da darf der eine nicht gegen den anderen ausgespielt werden.

(Beifall CDU, SPD und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren! Brandenburg ist ein weltoffenes Land. Unsere Gesellschaft gründet sich auf eine Leitkultur, die von der freiheitlich demokratischen Grundordnung geprägt ist, von dem staatlichen Gewaltmonopol, der Gleichberechtigung von Mann und Frau, der unbedingten Wahrung der Menschenwürde, der Freiheit des Glaubens und der Religion sowie der Toleranz ihnen gegenüber, aber auch von der Presse- und Meinungsfreiheit, die explizit die kritische Auseinandersetzung mit Religion, ihren Symbolen und Figuren umfasst. Das ist, was wir auch bei der Integration vermitteln sollten. Das ist keine Einbahnstraße, sondern es muss Menschen geben, die integrieren wollen, und Menschen, die integriert werden wollen.

Aus unserer Geschichte erwächst eine besondere Verantwortung. Daher treten wir Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit

entschieden entgegen, denn sie spalten die Gesellschaft, statt sie zu vereinen.

Wir kommen mit der Aufnahme der Flüchtlinge unserer humanitären Verpflichtung nach. Deswegen werden wir die Integration derjenigen, die bei uns bleiben wollen, unterstützen. Wir fordern, dies in einem Integrationsgesetz festzuschreiben. Wir brauchen klare Integrationsvereinbarungen, worin sich diejenigen, die zu uns kommen und bleiben wollen, auch zu unseren Werten und Prinzipien bekennen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag des Abgeordneten Christoffers für die Fraktion DIE LINKE fort.

Christoffers (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nachdem ich den Entschließungsantrag der AfD-Fraktion eben zur Kenntnis genommen hatte, habe ich mich entschieden, mein Manuskript zur Seite zu legen.

Wissen Sie, Herr Gauland, es ist kein Wunder, dass Sie sich auf Friedman beziehen. Sie wissen genauso gut wie ich, dass Friedmans Theorien nach dem Putsch gegen Allende in Chile in die Praxis umgesetzt worden sind, und zwar mit katastrophalen Folgen für die Volkswirtschaft des damaligen Chile. Ausgerechnet ihn zum Kronzeugen dafür zu machen, dass nationalstaatliche Leistungen der Humanität zur Aufnahme von Flüchtlingen nicht möglich seien, weil man beides - Sozialstaat und Humanität in der Aufnahme von Flüchtlingen - nicht vereinbaren könne, ist ein Unding.

(Beifall DIE LINKE, SPD, CDU, B90/GRÜNE und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Das ist das, was Sie kennzeichnet.

Genau da, meine Damen und Herren, setzen wir parteiübergreifend und mit dem Bündnis für Brandenburg auch mit einer breiten Beteiligung der gesellschaftlichen Mitte an: Wir werden es nicht zulassen, dass eine Sozial- und Wirtschaftspolitik betrieben wird, die gegeneinander ausspielt.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Das ist keine neue Erfahrung. Nein, die Erfahrung haben wir auf dem Weg der Deutschen Einheit und bei der Bewältigung der Flüchtlingswelle aus Jugoslawien gemacht. An all das können wir anknüpfen - an die Erfolge, aber auch mit einer Korrektur der Fehler, die damals - wie heute - gemacht wurden.

Meine Damen und Herren! Wir werden der politischen Stimmungsmache, die Sie und andere in dieser Gesellschaft betreiben, den Wind aus den Segeln nehmen, indem wir nicht nur sagen, dass soziale und wirtschaftliche Integration durch diese Flüchtlingswelle eine neue Dimension haben, sondern auch sicherstellen, dass es eine Aufgabe ist, die zu lösen ist, ohne dass Menschen, dass soziale Gruppen gegeneinander ausgespielt werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, CDU, B90/GRÜNE und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Das wird auch der Hauptpunkt der politischen Auseinandersetzung werden, die wir mit Ihnen führen und weiter führen müssen. Gerade dadurch, dass wir das umsetzen, werden wir es schaffen, Verlustängste zu minimieren. Dadurch werden wir auch einen sozialen Zusammenhalt erreichen - trotz aller Problematik, von der wir wissen, dass sie auf uns zukommt, trotz aller Konflikte, die auf uns zukommen und die wir lösen werden. Ich glaube, dass wir mit dem Nachtragshaushalt die nächsten Schritte dahin gehen werden.

Wir haben heute auch das Landesaufnahmegesetz auf der Tagesordnung. Mit dem Landesaufnahmegesetz setzen wir Standards, die wir als Voraussetzung brauchen, um Integration zu ermöglichen. Das ist noch nicht die Integration - das wissen wir auch alle. Dabei, meine Damen und Herren, werden wir als Linke mit Sicherheit darauf achten, dass sich ein Fehler nicht wiederholt: Wenn wir Menschen untergebracht und medizinisch versorgt haben und sie in die Gesellschaft integrieren wollen, brauchen wir vorher die nötigen sozialen Strukturen, damit Konflikte minimiert werden können. Da gilt es zum Beispiel zu überlegen, ob wir Programme wie „Soziale Stadt“ und weitere nicht verändern, anders gestalten müssen, um sicherzustellen, dass eine Integration erfolgen kann. Wir sind doch alle keine politischen Analphabeten und wissen, dass das mit Konflikten verbunden ist.

Es ist eine politische Notwendigkeit, alles dafür zu tun und vorbeugend zu handeln, um Konflikte zu minimieren und einer Lösung zuzuführen.

(Beifall DIE LINKE, SPD und B90/GRÜNE)

Auch das, meine Damen und Herren, ist nichts Neues. Das können wir, wir müssen es nicht erst lernen - wir haben auf dem Weg der Deutschen Einheit bewiesen, dass wir es können. Jetzt haben wir es auf die neue soziale und wirtschaftliche Dimension anzuwenden. Das werden wir mit den Mitteln, die einem Land zur Verfügung stehen, auch tun.

Meine Damen und Herren, 2015 war das Jahr des massenhaften Ankommens. 2016 wird das erste Jahr, in dem wir den Beleg dafür liefern müssen, dass wir Integration umsetzen können, wollen und werden. Das ist eine Aufgabe, die - unabhängig von der Zahl der noch zu uns kommenden Flüchtlinge - 2016 nicht erledigt sein wird. Wir reden von einer gesellschaftlichen Aufgabe, die mit Sicherheit fünf bis zehn Jahre in Anspruch nehmen wird. Diesen Zeithorizont muss man im Auge haben, wenn man jetzt politisch darüber entscheidet, mit welchen Sachverhalten, Instrumenten oder Programmen man an die Lösung dieser Aufgabe herangeht. Deswegen ist es gut, dass wir mit dem Bündnis für Brandenburg parteiübergreifend und mit der gesellschaftlichen Mitte dieses Landes etwas geschaffen haben, das uns als Politik den gesellschaftlichen Background liefert, um handeln und Integration vollziehen zu können.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Dass es dabei auch Kritik und Fehler gibt, ist etwas völlig Normales. Aber auch diejenigen, die den offenen Brief unterzeichnet haben, sind uns in einem doch ganz nah: Sie wollen eine Integration. Wir werden also mit ihnen reden, wie wir das am besten machen, und sagen, was geht und was nicht geht - logischerweise. Der Wille, Integration nicht nur zu behaupten, sondern zu leben, zeichnet doch alle Beteiligten aus. Deswegen